



## Protokoll der 31. Sitzung des Einwohnerrates

vom 9. Dezember 2015, 17.00 Uhr, im Landratssaal

**Anwesend:** 37 Mitglieder

**Entschuldigt:** Ratsmitglieder Odermatt Dominik, Schmied Roman und Stoll Hanspeter

Traktanden	Laufnummer
1. Protokolle der Sitzungen vom 28.10.2015 und 18.11.2015 ://: Die Protokolle der beiden letzten Ratssitzungen werden genehmigt.	-
2. Budget und Jahresprogramm 2016 - Berichte Stadtrat, Finanzkommission (FIKO) sowie Bau- und Planungskommission (BPK) ://: In der Schlussabstimmung wird das Budget 2016 genehmigt und das Jahresprogramm 2016 zur Kenntnis genommen.	2015/203 2015/203a 2015/203b 2015/203c
3. Waldbaulinienplan Nr. 26 und Mutation Zonenplan Siedlung im Gebiet Weiermatt - 2. Lesung und Beschlussfassung ://: Der Waldbaulinienplan Nr. 26 sowie die Mutation Zonenplan Siedlung im Gebiet Weiermatt werden einstimmig genehmigt.	2015/211
4. Bildungsreglement vom 25. Mai 2005 (642.1), Teilrevision - Bericht der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) ://: Dem GOR-Antrag wird mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung zugestimmt und die Reglementsänderungen rückwirkend per Schuljahr 2015/2016 in Kraft gesetzt.	2015/195 2015/195a
5. Jugendleitbild der Stadt Liestal ://: Das Jugendleitbild wird einstimmig an die Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) zur Vorberatung überwiesen.	2015/219
6. Messschacht Liestal - Lausen; Investitionskredit von CHF 380'000 für den Ausbau des Messschachtes Liestal - Lausen ://: Die Vorlage wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.	2015/220
7. Quartierplanvorschriften Oristalstrasse ://: Einstimmig wird die Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.	2015/221
8. Quartierplanung Rebgarten - Mutation und Kredit für Kostenbeteiligung an öffentliche Parkplätze ://: Die stadträtliche Vorlage wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.	2015/222

- |     |  |          |
|-----|--|----------|
| 9.  | Schleifenbergtunnel - Interpellation betreffend „Sanierung Umfahrung Liestal: Prüfung Variante Schleifenbergtunnel“ von Anna Ott namens der Grünen Fraktion<br><i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2015/209 |
| 10. | Streusalz - Postulat „Reduktion Streusalz“ von Roman Schmied der Grünen Fraktion und Rolf Gutzwiller der CVP/EVP/GLP-Fraktion<br><i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i>  | 2015/214 |
| 11. | Jugendzentrum - Interpellation zum Jugendzentrum „Joy“ von Fabian Eisenring der SP-Fraktion<br><i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i>  | 2015/215 |
| 12. | Werkhof - Postulat „Werkhof - Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden und der Bürgergemeinde?“ von Patrick Mägli der SP-Fraktion<br><i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i>  | 2015/216 |
| 13. | Sozialhilfekosten - Interpellation zur den Sozialhilfekosten von Dominique Meschberger und Marianne Quensel der SP-Fraktion<br><i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i>  | 2015/217 |
| 14. | Ferienbetreuung - Interpellation zur Ferienbetreuung von Walter Leimgruber und Dominique Meschberger namens der SP-Fraktion<br><i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i>  | 2015/218 |

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur letzten Sitzung in diesem Jahr.

### **Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) orientiert kurz über einige Punkte der letzten Bürositzung:

- Die heutige Ratssitzung wird ausnahmsweise spätestens um 19.30 Uhr beendet, da anschliessend noch der Weihnachtsapéro im Foyer des Landratssaales stattfinden wird. Wegen der kurzen Sitzungsdauer wird es keine Pause geben.

### **Tischpapiere**

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, gelb
- Neue Vorstösse Nr. 2015/223 - Nr. 2015/225

### **Neue persönliche Vorstösse**

- Abfallbeseitigung/-vermeidung - Postulat „Neue Möglichkeiten zur Abfallbeseitigung -vermeidung“ von Roman Schmied der Grünen Fraktion und Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2015/223)
- Schliessung A22 - Interpellation „Definitive Schliessung der A22 im Bereich Liestal“ von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion“ (Nr. 2015/224)
- Zentrum Nord - Postulat betreffend Anbindung „Liestal Zentrum Nord“ an Stedtli von Diego Stoll der SP-Fraktion (Nr. 2015/225)

### **Stimmenzähler/innen**

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- |                                |  |
|--------------------------------|--|
| - Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) | Seite A (SP, GL)                       |
| - Karin Jeitziner (FDP)        | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP)             |
| - Bernhard Bonjour (SP)        | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

### **Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen**

Von den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

### **Mitteilungen des Stadtrates**

Vom Stadtrat werden keine Mitteilungen gemacht.

### **Traktandenliste**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass bezüglich der Traktandenliste der heutigen Sitzung keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste der heutigen Sitzung wird gemäss Einladungsschreiben vom 25. November 2015 verabschiedet.

**326 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**1. Protokolle der Sitzungen vom 28. Oktober 2015 und 18. November 2015**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) informiert darüber, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend den beiden Ratsprotokollen eingereicht wurden. Sie kann feststellen, dass betreffend den Protokollen der letzten beiden Sitzungen keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig werden die beiden Protokolle der Ratssitzungen vom 28. Oktober 2015 und 18. November 2015 genehmigt.

**327 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**2. Budget und Jahresprogramm 2016 - Bericht Stadtrat, Finanzkommission sowie Bau- und Planungskommission (Nr. 2015/203)**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) informiert basierend auf einer projizierten Folie darüber, dass das Büro die Vorgehensweise bzw. den Ablauf betreffend der Beratung sowie Beschlussfassung des Budget und Jahresprogrammes von 2016 wie folgt beschlossen hatte:

- 1. Eintreten**
- 2. FIKO-Bericht (Nr. 2015/203a)**  
*Vorstellen Bericht durch FIKO-Präsident*
- 3. BPK-Bericht (Nr. 2015/203b)**  
*Vorstellen Bericht durch BPK-Präsident*
- 4. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen**  
*Ergänzungen Stadtrat*
- 5. Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung**  
*(keine Stellungnahmen zu Anträgen)*
- 6. Einzelredner: Gesamtwürdigung**  
*(keine Stellungnahmen zu Anträgen)*
- 7. Anträge**
  - 7.1 Antragsteller Einzelanträge: Begründung Anträge (Nr. 2015/203c)
  - 7.2 Stellungnahme Stadtrat zu Einzel- und Kommissionsanträgen
  - 7.3 Stellungnahme FIKO zu Einzelanträgen (Nr. 2015/203c)
  - 7.4 Fraktionssprecher
  - 7.5 Einzelsprecher
  - 7.6 Abstimmung über Anträge
  - 7.7 Schlussabstimmung

\* \* \* \* \*

**1. Eintreten**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten vom Einwohnerrat nicht bestritten wird.

://: Das Eintreten auf das Geschäft wird einstimmig beschlossen.

**2. FIKO-Bericht (Nr. 2015/203a)**

Daniel Spinnler (FDP) informiert über die wichtigsten Punkte des FIKO-Berichtes gemäss Vorlage Nr. 2015/203a: Die FIKO kann sich mit den Annahmen der budgetierten Erträge einverstanden erklären. Die Wachstumsrate bei den Steuererträgen ist um ein Viertel nach unten korrigiert worden. Die Selbstfinanzierung liegt mit CHF 305'000.-- deutlich unter dem gesteckten Ziel von 4,4 Mio. Franken, somit werden mit den anstehenden Schulhaus-Sanierungen in den nächsten Jahren auch die Schulden ansteigen. Betreffend dem Fremdkapital ist von der FIKO eine Präzisierung vorgenommen worden, was beim dritten Absatz von Kapitel 3.1.1 erörtert wird. Die Kostensteigerungen im Bildungsbereich sind insbesondere mit der Übernahme der sechsten Primarschulstufe, den wegfallenden Mieterträgen des Kantons für die Schulanlage Rotacker sowie weiteren Mehrkosten und Mindereinnahmen zu begründen, wie sie im Kommissionsbericht erwähnt sind. Betreffend dem Bereich Soziales wird auf die

Erläuterungen im FIKO-Bericht zu einigen Themen sowie die Anhänge zum Bericht verwiesen, welche der Kommission ergänzend zum Budget geliefert wurden. Die Einflussnahme der Stadt auf die negative Kostenentwicklung ist sehr gering und so muss wohl etwas auf Kantonsebene im Zusammenhang mit der Ausgleichsinitiative passieren. Die FIKO kann sich mit der Argumentation betreffend dem günstigen Wohnraum nicht einverstanden erklären und deshalb wird die Sozialhilfebehörde um weitere diesbezügliche Abklärungen gebeten. Auch findet die FIKO, dass die Leistungsvereinbarung mit dem Kanton betreffend dem Ortspolizeiwesen durchaus Sinn macht. Betreffend dem Teuerungsausgleich und Stufenanstieg beim Personal wird auf den FIKO-Bericht verwiesen und ergänzend festgehalten, dass die Lehrer wohl von der Stadt angestellt werden, deren Löhne und auch der Teuerungsausgleich aber vom Kanton festgesetzt werden. Bezüglich den Investitionen verlangt die FIKO keine Sondervorlagen und verweist diesbezüglich auch auf den Bericht der BPK. Speziell erwähnenswert ist bei den Spezialfinanzierungen die Gebührensenkung bei der Abfallbeseitigung. Trotz den tiefen Zahlen kann die FIKO die stadträtlichen Zielsetzungen sowie Budgetzahlen für das Jahr 2016 nachvollziehen und die mittelfristige Ausgeglichenheit des Finanzhaushaltes wird bei der Beratung des Entwicklungsplanes 2016-2020 noch genauer geprüft. Der von einem FIKO-Mitglied gestellte Antrag betreffend dem Energiestadt-Label ist noch als Einzelantrag eingereicht worden, wobei die FIKO diesen grossmehrheitlich ablehnt. Einstimmig beantragt die FIKO, den stadträtlichen Anträgen betreffend dem Budget und Jahresprogramm 2016 zuzustimmen. Dem Stadtrat, der Verwaltung und allen Mitwirkenden möchte er an dieser Stelle nochmals die geleisteten Arbeiten im Zusammenhang mit dem Budget 2016 bestens verdanken.

### **3. BPK-Bericht (Nr. 2015/203b)**

Diego Stoll (SP) verweist auf den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2015/203b und hält als Präsident der Bau- und Planungskommission die wesentlichsten Berichtspunkte fest: Im Zusammenhang mit den Arealentwicklungen Bahnhof und Kreuzboden hatte die BPK wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat nicht einfach nur zuschauen, sondern gleich von Anfang an aktiv mitgestalten möchte. Dies trifft auch beim Projekt für die Gewässerverbauungen des Orisbach zu. Für den Erweiterungs- und Neubau bei der Schulanlage ist im Budget der Betrag von TCHF 250 für Planungskosten im Budget 2016 eingestellt. Die Kommission regt an, dass man bei der Entwicklungsplan-Diskussion auch die SBK einbeziehen sollte. Das Erstellen einer Zustandsanalyse bei der Mehrzweckhalle wird von der BPK ebenfalls befürwortet. Der BPK wurde aufgezeigt, dass die Anschaffung eines neuen Schneepfluges wirklich nötig ist, wobei die Anschaffung von zwei anderen Fahrzeugen zurückgestellt wurde. Im Zusammenhang mit dem Antrag betreffend der Streichung der Budget-Position „Energiestadt-Label“ ist die BPK ebenfalls grossmehrheitlich der Meinung, dass dieser Antrag abgelehnt werden sollte. Auch die BPK wird sämtlichen Anträgen des Stadtrates zustimmen. Und er möchte sich ebenfalls für die geleisteten Arbeiten im Zusammenhang mit dem Budget 2016 bedanken.

### **4. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen**

Stadtpräsident Lukas Ott dankt als Finanzchef der FIKO und BPK für die sachlichen Diskussionen bei der Beratung des nicht so einfachen Budgets. Das Budget 2016 kann unter das Motto „Budgetierung unter erschwerten Rahmenbedingungen“ gestellt werden. Selbst mit dem vorliegenden Ergebnis war das Budget kein Selbstläufer, hatte dies doch bereits vor der Beratung im Einwohnerrat sehr viel Arbeit erfordert. Bei den Erträgen musste man vor allem wegen den düsteren Wolken am Konjunkturm Himmel die Steuerprognosen laufend nach unten anpassen. Von einer sehr starken Aufwandentwicklung ist man bei der Sozialhilfe konfrontiert und Liestal hat diesbezüglich ein überproportionales Wachstum als Zentrumsgemeinde. Der Stadtrat hatte auf die erschwerten Rahmenbedingungen reagiert, indem sehr strenge Budgetvorgaben gemacht wurden, wobei man aber beispielsweise keine Planungskredite

gestrichen hatte. Eine Verbesserung des Finanzhaushaltes ist wohl mit einer Steuersubstrat-Zunahme bzw. einem Bevölkerungswachstum und Schaffung von zusätzlichem Wohnraum möglich. Auch hofft man natürlich auf eine finanzielle Entlastung durch die Annahme der Ausgleichsinitiative im Sozialhilfebereich, welche hoffentlich von den Gemeinden als Solidargemeinschaft unterstützt wird.

## **5. Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung**

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass seine Fraktion mit dem Budget 2016 einverstanden ist. Vertieft habe man sich mit der budgetierten Erfolgsrechnung 2016 aus Sicht der der Entwicklungspläne der letzten vier Jahre befasst. Der projizierten Folie bzw. Statistik kann man entnehmen, dass die prognostizierten Ergebnisse teilweise doch recht stark vom Budget-Ergebnis 2016 abweichen, was doch grösstenteils auf unerwartete und nicht planbare Aufwendungen und Erträge zurückzuführen ist. Diese Abweichungen und Argumente sind immerhin in den Entwicklungsplänen eingeflossen. Bereits im Finanzplan 2012-2016 hatte der Stadtrat prophezeit, dass die finanzielle Situation in Liestal trotz grosser Zunahme der Aufwendungen einzelner Funktionen weiter stabil bleiben wird. Auch beim Entwicklungsplan 2014-2018 hatte man mit einem positiven Saldo von 2,8 Mio. Franken gerechnet. Zwei Jahre später ist der Saldo um rund 5 Mio. Franken schlechter und mit 2 Mio. Franken in den roten Zahlen. Damit möchte man nicht sagen, dass Planung durch Irrtum ersetzt wird. Man möchte vielmehr aufzeigen und bewusst machen, dass Planungen über mehrere Jahre hinaus von sehr vielen Unsicherheiten beeinflusst werden. Vielleicht ist aber auch etwas zu viel auf das Prinzip Hoffnung gesetzt worden. Was würde beispielsweise passieren, wenn die Ausgleichsinitiative nicht zustande kommen würde? Beim nächstjährigen Budget wird ein Verlust von 2 Mio. Franken prognostiziert und die Abschreibungen reichen nicht viel weiter als zur Kompensation dieses Verlustes, so dass nur gerade rund CHF 300'000.-- für die Selbstfinanzierung übrig bleiben. Es sind speziell die massiven Ausgabensteigerungen in den Bereichen Bildung sowie Soziale Wohlfahrt aufgefallen. Auch würde es tatsächlich keinen Sinn machen, wenn man nun die Planungskredite antasten würde. Trotzdem sollte man nun nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. So müsste man beispielsweise im Zusammenhang mit der Sozialhilfe abklären, ob es nun nicht doch noch Faktoren gibt, bei denen Liestal generöser als die Nachbargemeinden ist. Man habe doch auch den Eindruck bekommen, dass man den Spielraum, welchen es sicher auch bei den präzisen Sozialhilferegeln gibt, in Liestal nicht voll ausnützen zu wollen. Gäbe es gegebenenfalls Möglichkeiten, mit Anreizsystem und mehr Kreativität doch mehr erreichen zu können? Vielleicht liegt es auch daran, dass sich eine Organisation meist selbst nie wirklich selbst hinterfragt, sondern dies eher andere tun müssten. Die Mittefraktion unterstützt das Budget 2016 einstimmig.

Peter Küng (SP) legt dar, dass es sich um ein ehrliches und realistisches Budget handelt und sich seine Fraktion ebenfalls mit der stadträtlichen Strategie einverstanden erklären kann, dass man nun nicht bei den Investitionen spart und beispielsweise Lohnkürzungen beim Personal vornimmt. Die vertieften FIKO-Diskussionen in den Bereichen Sozialhilfe und Bildung waren sehr aufschlussreich und man hatte wertvolle Unterlagen sowie Informationen erhalten. Im Bereich Sozialhilfe hofft man nun, dass die beschlossenen Massnahmen der internen Arbeitsgruppe auch etwas bewirken werden. Es kann aber auch nicht sein, dass sich Hauseigentümer im Zusammenhang mit der Vermietung von Wohnungen an Sozialhilfeempfänger bereichern. Grundsätzlich sollten Strukturänderungen und Effizienzsteigerungen immer ein Thema sein. Auch sollen die Ausgaben stabilisiert oder gar gesenkt werden und in diesem Zusammenhang sind von seiner Fraktion auch schon Vorstösse betreffend der Gemeindeinitiative Sozialhilfe sowie der Zusammenlegung von Werkhöfen eingereicht worden. Die Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden sollte intensiviert werden, denkt man beispielsweise an den Zivilschutz, die Feuerwehr usw. Trotz den schlechten Budget-Zahlen ist es doch recht erfreulich, dass die Abfallgebühren gesenkt werden können. Seine Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.



Bruno Imsand (FDP) kann dem Fraktionssprecher der Mittefraktion zustimmen, dass Prognosen im Bereich der Gemeindefinanzen immer sehr schwierig sein dürften. Erschreckend ist ja auch die Tatsache und Erkenntnis, dass nur rund 15 - 20 Prozent der Ausgaben von den Gemeinden selbst bestimmt werden können. Man kann feststellen, dass vom Stadtrat immer wieder Einsparungen im Rahmen dieses kleinen Handlungsspielraumes geprüft und auch umgesetzt werden. Gut ist auch, dass man bei den Investitionen nun nicht einfach die Notbremse gezogen habe und die Strategie-Diskussion bei der Beratung des Entwicklungsplanes 2016-2020 geführt wird. Somit dürfte es bei der EP-Beratung zu heisseren Diskussionen als bei der Budget-Beratung kommen, zumal die vom Stadtpräsidenten erwähnten erschwerten Bedingungen wohl mittelfristig auch nicht einfacher werden dürften. Die FDP-Fraktion unterstützt die Anträge des Stadtrates betreffend dem Budget 2016.

Anna Ott (GL) macht darauf aufmerksam, dass man sich nach 12 Jahren wieder einmal mit einem Budget mit roten Zahlen befassen musste. Der Stadtrat denkt und plant langfristig, weshalb er auch auf voreilige Steuererhöhungen verzichtete und im Gegenzug verzichtete der Einwohnerrat auf überbordende Budgetanträge. Mit den vom Stadtrat beschlossenen Massnahmen bei der Aufwandentwicklung konnte ein noch tieferes Abrutschen ins Minus verhindert werden. Wichtige Errungenschaften wie die familienergänzenden Tagesstrukturen wurden nicht weggestrichen und auch ist der Stadtrat nicht in Sparpanik geraten, indem er beispielsweise Planungskredite strich. Es ist für die Entwicklung Liestals sehr wichtig, wenn man Projekte wie die Post- und Bahnhofplanung, die verschiedenen Arealentwicklungen sowie Massnahmen zur Förderung von Wohnungsbauten weiter verfolgen kann. Die Weiterführung der Investitionsstrategie ist wichtig und begrüssenswert. Das Budget-Minus ist nicht auf ein unsorgfältiges Budgetieren, eine Fehlplanung oder eine überbordende Ausgabenpolitik zurückzuführen, sondern kann mit den veränderten Rahmenbedingungen wie der Anstieg bei den Sozialhilfekosten, die Übernahme der sechsten Primarschulklasse usw. begründet werden. Die kantonalen Strukturen bzw. der hohe Zentralisierungsgrad stellt die Gemeinden vor eine enorme Herausforderung und insbesondere Zentrumsgemeinden wie Liestal haben in der Folge überproportionale Lasten zu tragen. Die Ausgleichsinitiative bei der Sozialhilfe dürfte der richtige Schritt in die richtige Richtung sein, um einen fairen Lastenausgleich erreichen zu können. Auch ihre Fraktion schliesst sich dem Dank der Vorredner an und stimmt den Anträgen zu.

Patricia Bergamin (SVP) bemerkt, dass das Budget trotz den roten Zahlen recht seriös und realistisch ausgefallen ist. Bedauernswert ist, dass mit den immer mehr werdenden Auflagen und der Fremdbestimmung die Spielräume der Gemeinden betreffend ihren Finanzen immer kleiner werden. Sie kann die Voten der Vorredner unterstützen und den Rat darüber informieren, dass auch ihre Fraktion den stadträtlichen Anträgen zustimmen wird.

## **6. Einzelredner: Gesamtwürdigung**

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf den BPK-Bericht und ist gespannt, wie es mit dem Schulraumbedarf im Schulkreis Gestadeck weiter gehen wird. Auch befürworte sie es, dass sich die Stadt betreffend dem Ideenwettbewerb des Kantons betreffend der Orisbach-Renaturierung stark macht. Hoffentlich kann das Budget im Zusammenhang mit dem Strassenunterhalt-Strategiewechsel eingehalten werden. Dass man den Friedhof konzeptionell neu überdenken möchte, macht durchaus Sinn.

## **7. Anträge**

### *7.1 Antragsteller Einzelanträge: Begründung Anträge (Nr. 2015/203c)*

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) hält fest, dass sich die Fraktionssprecher nun zum Budget-Antrag "den Ratsmitgliedern mit E-Mail des Ratsschreibers vom 05.12.2015 die Vorlage Nr. 2015/203c zur Kenntnis gebracht und diese an der heutigen Sitzung als Tischpapier verteilt wurde.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) begründet seinen Budget-Antrag damit, dass nebst dem Budget 2016 mit einem Verlust von 2 Mio. Franken gemäss Entwicklungsplan 2016-2020 auch in den nächsten Jahren mit Verlusten zu rechnen ist. Das Budget beinhaltet wohl zu 99 % gebundene Ausgaben und nur ganze wenige veranschlagte Positionen können überhaupt in Frage gestellt werden. Indiskutabel ist aber die Möglichkeit einer Streichung der Budget-Position „Energiespar-Label“ mit einem Budgetbetrag von CHF 20'000.--. Als Energiespar-Label ist man zum Energiesparen verpflichtet und man muss sich schon fragen, ob dafür ein solcher Betrag nötig ist. Und beim Lesen des Amtsberichtes kann man feststellen, dass keinerlei Einsparungen beim Energieverbrauch seit Erhalt des Energiespar-Labels vor rund 8 Jahren ausgewiesen werden können. Im Entwicklungsplan 2016-2020 habe er mit Spannung gelesen, dass man bei der Energiestrategie noch Ziele und Massnahmen erarbeiten möchte. Demnach hatte man bis jetzt keine Energiestrategie, ansonsten müssten jetzt nicht noch Ziele und Massnahmen erarbeitet werden. Der Trägerverein des Energiespar-Labels verdient sehr gutes Geld mit Beratungstätigkeiten im Energiebereich und man müsste sich doch auch einmal grundsätzliche Gedanken betreffend Nutzen und Ertrag machen. Energiesparmassnahmen könnten auch mit ganz einfachen Mitteln und ohne Label bzw. Folgekosten von CHF 20'000.-- umgesetzt werden. Und in Anbetracht der finanziellen Situation ist es nicht verantwortbar, solche Beträge auszugeben, selbst wenn es ein relativ kleiner Betrag ist. Natürlich kann er als Grünliberaler nicht gegen Energiesparmassnahmen sein. Das ist er auch nicht, doch möchte er ehrlich sein und beim Energiesparen effizient sein. Es macht Sinn, dass man diese Budget-Position bereits heute streicht und dies nicht erst in ein paar Jahren tun wird.

### *7.2 Stellungnahme Stadtrat zu Einzel- und Kommissionsanträgen*

Stadtrat Franz Kaufmann meint, bei den Ausführungen des Antragstellers handelt es sich doch eher um die Oberfläche des Energiespar-Labels und die Aussensicht betreffend dem Logo usw. Primär geht es aber doch um die Innenwirkung wie beispielsweise die Verpflichtung und den Auftrag bzgl. der Energieeffizienz bei den weiteren Planungen. Diesbezüglich ist auch die BPK sehr sensibilisiert, hat sie Vorlagen vorzuprüfen. Ein vertiefter Support des Trägervereins ist sinnvoll und wichtig. Das Stadtbauamt und der Stadtrat würden es begrüssen, wenn man den Betrag von CHF 20'000.-- betreffend dem Energiespar-Label im Budget belassen würde.

### *7.3 Stellungnahme FIKO zu Einzelanträgen (Nr. 2015/203c)*

Daniel Spinnler (FDP) hält als FIKO-Präsident fest, dass man bereits im Kommissionsbericht festgehalten habe, dass die FIKO mit 2 Ja- gegen 6 Nein-Stimmen den Budget-Antrag grossmehrheitlich abgewiesen habe.

#### 7.4 Anträge: Fraktionssprecher

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) hält fest, dass sich die Fraktionssprecher nun zum Budget-Antrag „Energienstadt-Label“ sowie zu den stadträtlichen Anträgen äussern können. Dazu möchte sie erwähnen, dass die FIKO und auch die BPK den stadträtlichen Anträgen einstimmig zustimmen.

Hanspeter Zumsteg (GL) sagt, der Pseudo-Sparantrag der Grünliberalen sei wirklich nicht durchdacht, denn dieser greift viel zu kurz. Würde dem Antrag dennoch zugestimmt und der Rat das Energienstadt-Label aufgeben, so würde man die eigene Energiespar-Motion hintertreiben, weil die Verwaltung keine aktualisierten Instrumente für die Umsetzung der Motion hätte. Auch würde man damit die Botschaft senden, dass Energieeffizienz und erneuerbare Energien für das so moderne und zukunftsgerichtete Liestal nicht mehr zu den Prioritäten gehören. Zudem würde man den verbindlichen Massstab zur verbindlichen Aushandlung von zukunftsgerichteten Energiemassnahmen bei Bauherren und Investoren von Quartierplanungen usw. aus der Hand geben. Auch würde man ein Signal geben, dass die alltäglichen Energiesparmassnahmen in der Verwaltung, in den Betrieben, in Schulhäusern usw. nicht mehr so wichtig sind. Schlussendlich würde man die Verwaltung indirekt noch damit beauftragen, unter Beizug von externen Fachleuten ein eigenes aufwändiges Energiekonzept erstellen zu lassen, welches dann noch laufend aktualisiert werden müsste. Wer deshalb eine kostengünstige und effiziente Energiestrategie für Liestal möchte, lehnt anschliessend den Antrag von Ratsmitglied Gerhard Schafroth ab.

Fabian Eisenring (SP) legt dar, dass die SP-Fraktion den Antrag ablehnen werde.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) meint, der Budgetantrag sei in der Mittefraktion natürlich auch diskutiert worden. Das Label an und für sich spart ja noch keine Energie, sondern beschäftigt einfach Ingenieurbüros und sonstige Fachleute. Bei den Elektrikern spricht man in solchen Fällen von einer Blindleistung, weil der Strom zwar fliesst, aber keine Energie übertragen wird. Seine Fraktion hat mit 7 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme den Budgetantrag gutgeheissen.

#### 7.5 Anträge: Einzelsprecher

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass sich keine Einzelsprecher zu Wort melden möchten.

#### 7.4 Abstimmung über Anträge

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und nun über die formulierten Anträge abgestimmt werden kann.

://: Der Antrag von Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) betreffend der Streichung der Aufwandposition „Energienstadt-Label“ in der Höhe von CHF 20'000.-- wird mit 11 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

://: Das Jahresprogramm 2016 wird vom Rat einstimmig zur Kenntnis genommen.

://: Der Steuerfuss, die Steuersätze sowie die Feuerwehersatzabgaben für das Jahr 2016 werden gemäss stadträtlichem Antrag einstimmig beschlossen.

- ://: Einstimmig wird von den im Jahre 2016 geltenden Gebühren für den Wasserbezug, die Abwasserbenützung, die Kehrichtsackgebühr sowie die Hundehaltung gemäss stadträtlichem Antrag Kenntnis genommen.
- ://: Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt, den Teuerungsausgleich für die Besoldung des Verwaltungspersonals auf 0,0 % festzulegen.
- ://: Die Erfolgsrechnung 2016 sowie die Investitionen 2016, für die keine Sondervorlagen erstellt werden müssen, werden einstimmig genehmigt.
- ://: In der Schlussabstimmung wird einstimmig das Budget 2016 genehmigt und das Jahresprogramm 2016 zur Kenntnis genommen.

**328    0.01.011.01    Einwohnerrat**

**3.    Waldbaulinienplan Nr. 26 und Mutation Zonenplan Siedlung im Gebiet Weiermatt - 2. Lesung und Beschlussfassung (Nr. 2015/211)**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist. Nach der ersten Lesung vom 18. November 2015 und zweiten Lesung an der heutigen Sitzung wird dann gemäss § 78 des Einwohnerratsgeschäftsreglementes noch über den Antrag des Stadtrates abgestimmt.

Sie kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass aus der Ratsmitte keine Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://:    Gemäss stadträtlichem Antrag beschliesst der Einwohnerrat einstimmig den Waldbaulinienplan Nr. 26 Gebiet „Weiermatt“, Mutation Hammerstrasse Parzellen Nrn. 4038 und 4041 vom 29.10.2015 sowie den Zonenplan Siedlung Gebiet „Weiermatt“, Mutation Zonenabgrenzung Parzellen Nrn. 4038 und 4041 vom 29.10.2015.

**329 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**4. Bildungsreglement vom 25. Mai 2005 (642.1), Teilrevision - Bericht der GOR-Kommission (Nr. 2015/195)**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Markus Rudin (SVP) stellt als GOR-Präsident den Bericht der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente zur Vorlage Nr. 2015/195 vor: Die Kommission hatte festgestellt, dass der Einwohnerrat an seiner Sitzung vom 30. April 2014 bereits vier der acht Reglementsänderungen beschlossen hatte, weshalb der Stadtrat der GOR auf Verlangen eine überarbeitete Synopse vorgelegt hatte. Bei der Reglementsrevision handelt es sich um marginale Anpassungen an das kantonale Bildungsreglement. Die einzige nennenswerte Abweichung ist, dass sich die GOR für einen unterrichtspflichtigen Freitagnachmittag ausspricht, damit die Unterrichtszeiten auf die ganze 5-Tage-Woche verteilt werden können. Die beantragten Änderungen der GOR sind im Kapitel 4 des Kommissionsberichtes aufgeführt.

Stadtrat Daniel Muri erklärt, dass sich der Stadtrat mit den vorgeschlagenen und beantragten Reglementsänderungen gemäss GOR-Kommissionsbericht Nr. 2015/195a einverstanden erklären kann.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) legt dar, dass mit der stadträtlichen Unterstützung des GOR-Antrages die Beratung und Abstimmung etwas einfacher wird, denn die Anträge des Stadtrates und der GOR müssen damit nicht einander gegenüber gestellt werden.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) informiert darüber, dass in seiner Fraktion kritisiert wurde, dass das Passierte für diejenigen Ratsmitglieder schwer verständlich und nachvollziehbar ist, welche nicht der GOR angehören. So ist beispielsweise die überarbeitete Synopse des Stadtrates nicht dem GOR-Bericht beigelegt worden. Auch erstaunt es, dass der Stadtrat dem Einwohnerrat einige Reglementsänderungen beantragt hatte, welche letztes Jahr bereits beschlossen wurden. Man kann nun einfach hoffen, dass alle anderen beschlossenen Reglementsänderungen nachgeführt wurden und es sich hier um einen Einzelfall handelt. Eine Vorberatung solcher Geschäfte macht Sinn, denn in einer Direktberatung hätte man wohl den Fehler vermutlich auch gar nicht bemerkt. Die Mittelfraktion wird grossmehrheitlich die Anträge der GOR unterstützen.

Lisette Kaufmann (GL) sagt, ihre Fraktion werde den GOR-Anträgen zustimmen.

Patrick Mägli (SP) unterstützt das Votum von Vorredner Stefan Fraefel und informiert darüber, dass auch seine Fraktion den Kommissionsanträgen zustimmen wird.

Max Schaublin (FDP) äussert, auch die FDP-Fraktion wird den Anträgen der GOR zustimmen. Die wichtigste Änderung ist wohl, dass sich die GOR in Abweichung zum Kanton für eine Fünftageschulpflicht an den Schulen ausspricht.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und sie über den GOR-Antrag gemäss Vorlage Nr. 2015/195a sowie den stadträtlichen Antrag betreffend dem Inkrafttreten der Reglementsänderungen gemäss Vorlage Nr. 2015/195 abstimmen lässt.

- ://: Dem Antrag der GOR gemäss Vorlage Nr. 2015/195a wird mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung zugestimmt und den Reglementsänderungen betreffend § 2; § 7 ohne zweiten Satz von Absatz 2; § 9 ohne zweiten Satz von Absatz 2 und § 14 gemäss stadträtlichen Vorlage Nr. 2015/195 zugestimmt.
- ://: Gemäss stadträtlichem Antrag der Vorlage Nr. 2015/195 werden die Reglementsänderungen mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung rückwirkend per Schuljahr 2015/2016 in Kraft gesetzt.

**330 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**5. Jugendleitbild der Stadt Liestal (Nr. 2015/219)**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der Vorlage an die Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) vor.

Anna Ott (GL) hält fest, dass das Leitbild mit Sorgfalt und unter Berücksichtigung vieler Meinungen sowie Einbezug der Jugendlichen ausgearbeitet wurde. Den Beteiligten wird dafür der beste Dank ausgesprochen, ist doch das Jugendleitbild ein wichtiges Arbeitsinstrument im Zusammenhang mit der Jugendpolitik Liestal. Das Leitbild ist kein statisches Konstrukt, welches in einer Schublade zu verstauben droht. Im Gegenteil, denn die konkreten und ausformulierten Ziele können an die neuen Gegebenheiten angepasst werden. Ihre Fraktion unterstützt die Vorberatung der Vorlage durch die SBK.

Walter Leimgruber (SP) informiert darüber, dass auch die SP-Fraktion erfreut von der stadträtlichen Vorlage und dem Jugendleitbild Kenntnis genommen habe. Die konkrete Umsetzung der formulierten Ziele ist noch nötig und auch seine Fraktion unterstützt den Vorschlag für eine Vorberatung durch die SBK.

Bruno Imsand (FDP) berichtet, auch seine Fraktion habe erfreut vom Jugendleitbild Kenntnis genommen und stimme einer Vorberatung durch die SBK zu.

Stadträtin Marion Schafroth dankt für die positive Aufnahme der stadträtlichen Vorlage im Rat und ist schon jetzt gespannt auf die sicher interessante Diskussion in der SBK, denn im Konzept sind nur Ziele und keine Massnahmen formuliert worden. Die Entstehungszeit des Jugendleitbildes war etwas lang, ist dieses Papier doch bereits im Jahresprogramm 2013 thematisiert worden, doch war es wegen Ressourcen-Problemen immer wieder zu Verzögerungen gekommen.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass aus der Ratsmitte keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Die Vorlage Nr. 2015/219 wird einstimmig an die Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) zur Vorberatung überwiesen.



**331    0.01.011.01    Einwohnerrat**

**6.    Messschacht Liestal - Lausen; Investitionskredit von CHF  
380'000 für den Ausbau des Messschachtes Liestal - Lausen (Nr.  
2015/220)**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) vor.

Stadträtin Regula Nebiker informiert darüber, dass von der Gemeindeversammlung Lausen der hälftige Kostenbeitrag an den Messschacht-Ausbau bereits beschlossen und bewilligt wurde.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass aus der Ratsmitte keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://:    Einstimmig wird die Vorlage Nr. 2015/220 an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

**332 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**7. Quartierplanvorschriften Oristalstrasse (Nr. 2015/221)**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) vor.

Pascal Porchet (FDP) ist es länger und mehr ein Anliegen, dass man sich beim Denkprozess nicht einfach innerhalb des QP-Perimeters eingrenzt. Es ist wichtig, dass man sich auch mit den Verkehrsflüssen und Konsequenzen eines verdichteteren Bauens im Siedlungsgebiet im Zusammenhang mit der Umgebung, den Freiflächen, Plätzen usw. befasst. Die FDP-Fraktion ist einstimmig für eine Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die BPK.

Lisette Kaufmann (GL) informiert, auch ihre Fraktion unterstütze die Vorberatung der Vorlage in der BPK. In der Kommissionsberatung sollte man auch ein besonderes Augenmerk auf die grosse Fläche mit grossem ökologischem Wert haben.

Fabian Eisenring (SP) erklärt, seine Fraktion unterstütze den Büro-Antrag ebenfalls.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass aus der Ratsmitte keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Die Vorlage Nr. 2015/221 wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

**333 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**8. Quartierplanung Rebgarten - Mutation und Kredit für Kostenbeteiligung an öffentliche Parkplätze (Nr. 2015/222)**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) vor.

Pascal Porchet (FDP) meint, bei dieser Vorlage gehe es nicht nur um Hochbauten im Zusammenhang mit dem Quartierplan, sondern auch um Tiefbauten und eine Einstellhalle. Auch weitere Kriterien, die er beim vorerwähnten Geschäft „QP Oristalstrasse“ erwähnt habe, sind bei der Quartierplanung Rebgarten anzuschauen. Beim QP Rebgarten wird wohl auch das Konzept der Stadt betreffend unterirdischen Parkplätzen sowie die Mitfinanzierung von Parkplätzen durch die Stadt ein Thema sein, zumal ja die Parkplatzkosten beim QP Rebgarten von über CHF 21'200.-- deutlich über den Parkplatzkosten beim Manor-Projekt von CHF 15'000.-- liegen. Wie sieht die Strategie bei der Mitfinanzierung weiterer unterirdischer Parkplätze aus? Interessieren dürften auch die Verkehrsflüsse ausserhalb des QP-Perimeters sowie die Renaturierungsarbeiten beim Orisbach. Weitere Themen der BPK-Beratung dürften der bestehende Dienstbarkeitsvertrag sowie das Mitspracherecht der Stadt betreffend den unterirdischen Parkplätzen sein. Die FDP-Fraktion wird die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die BPK einstimmig unterstützen.

Fabian Eisenring (SP) teilt mit, dass auch in seiner Fraktion verschiedene Diskussionspunkte thematisiert wurden, wie sie bereits von seinem Vorredner erwähnt wurden. Ein grosser Diskussionspunkt wird sicher die Mitfinanzierung von öffentlichen Parkplätzen sowie das erwähnte Mitspracherecht der Stadt sein. Seine Fraktion wird der Überweisung an die BPK ebenfalls zustimmen.

Peter Küng (SP) fügt als Einzelsprecher hinzu, dass man gar den Kauf von Parkplätzen in Erwägung ziehen könnte, denn mit dieser Lösung könnte die Stadt dann sicher auch Parkgebühreneinnahmen generieren.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass aus der Ratsmitte keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die Vorlage Nr. 2015/222 des Stadtrates an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

**334 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**9. Schleifenbergtunnel - Interpellation betreffend „Sanierung Umfahrung Liestal: Prüfung Variante Schleifenbergtunnel“ von Anna Ott namens der Grünen Fraktion (Nr. 2015/209)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal  
Anna Ott namens der Grünen Fraktion*

***Interpellation betreffend Sanierung Umfahrung Liestal: Prüfung Variante Schleifenbergtunnel***

*In Liestal führt die Umfahrungsstrasse A22 mitten durch das Siedlungsgebiet. Die Strasse wurde Ende der 1960er-Jahre gebaut. Auf einen Schleifenbergtunnel ist damals verzichtet worden. Aus heutiger Sicht könnte dieses Bauwerk nicht mehr realisiert werden, denn es verstösst gegen Vorschriften der Raumplanung, des Natur- und Heimatschutzes sowie des Gewässerschutzes.*

*Die A22 wird ihrer Aufgabe als Umfahrungsstrasse nicht gerecht. Anstatt Liestal zu entlasten, bringt sie für Mensch und Umwelt eine Mehrbelastung. Die Ergolz als wichtiges Naherholungsgebiet für die Einwohnerinnen und Einwohner ist völlig entwertet. Die Strasse dient heute vorwiegend dem Durchgangsverkehr, der Ziel- und Quellverkehr gelangt hingegen zu wenig auf die Strasse. Aus Kostengründen wurde in den 1960er-Jahren auf den Bau des Anschlusses Gasstrasse verzichtet. Die nachträgliche Realisierung dieses Zentrumsanschlusses scheint heute jedoch problematisch zu sein. Neben der ungeklärten Finanzierung erweist sich die geplante Streckenführung über die Ergolz als Schwachstelle.*

*Erschwerend hinzu kommt, dass die Umfahrungsstrasse in bedenklich schlechtem Zustand ist. Laut Ausführungen des Stadtrates ist die Umfahrungsstrasse am Ende ihrer Lebensdauer angelangt und entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen bezüglich Hochwasserschutz, Lärmschutz und Erdbebensicherheit. Sie muss deshalb neu gebaut werden.*

*Ich bitte den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:*

- 1. Liegen dem Stadtrat konkrete Messwerte zur Lärm- und Umweltbelastung der A22 im Liestaler Siedlungsgebiet vor?*
- 2. Plant der Stadtrat konkrete Massnahmen, um die Lärm- und Umweltbelastung der A22 im Liestaler Siedlungsgebiet zu mindern?*
- 3. Ist der Stadtrat bereit zu veranlassen, dass der Kanton entsprechende Massnahmen einleitet?*
- 4. Ist der geplante Anschluss Gasstrasse im Lichte der geltenden Umweltschutzgesetzgebung überhaupt bewilligungsfähig?*
- 5. Ist der Neubau des Ergolzviadukts (Umfahrungsstrasse) im Lichte der geltenden Umweltschutzgesetzgebung noch bewilligungsfähig?*
- 6. Wäre eine Verlegung der A22 in den Schleifenberg eine machbare Alternative, da das baufällige Viadukt ohnehin ersetzt werden muss und rechtlich heikel erscheint?*
- 7. Gibt es bestehende Variantenstudien dazu? Sind diese im Sinne des Öffentlichkeitsprinzips zugänglich?*
- 8. Gibt es weitere denkbare Alternativen zum Strassenneubau und zur Tunnellösung?*

*Liestal, den 26. Oktober*

*Anna Ott*

\* \* \* \* \*

Ratspräsidentin Meret Franke führt aus, dass die Interpellationsbeantwortung auf Antrag des Stadtrates an der letzten Sitzung vom 18. November 2016 von der der Traktandenliste abgesetzt wurde.

Stadtrat Franz Kaufmann hält fest, dass mit der Interpellation Nr. 2015/224 und dem Postulat Nr. 2015/225 zwei neue Vorstösse eingereicht wurden, bei denen die Umfahrungsstrasse A22 ebenfalls ein Thema ist. Bei dieser Verkehrsplanung sind auch die neuen Erkenntnisse betreffend der als rechtsgültig erklärten Rheinstrassen-Initiative zu berücksichtigen. Die Fragen der Interpellation Nr. 2015/209 kann er wie folgt beantworten:

Zur Frage 1: Auch der Stadtrat verfügt über keine aktuellen Messungen. Das Amt für Raumplanung hat Modellrechnungen zur Lärmbelastung gemacht und die Berechnungen zeigen, dass die Lärmbelastung im Zusammenhang mit der Instandsetzung der A22 mit dem Preis höherer Lärmschutzwände leicht verbessert werden kann. In einem Protokoll vom Kanton vom 18.08.2009 ist zu lesen, dass die Lärmschutzwände in einem schlechten Zustand sind, diese aber generell den gesetzlichen Anforderungen bezüglich dem Lärmschutz nicht mehr genügen.

Zur Frage 2: Der Stadtrat kann direkt nichts machen, da es sich um eine Kantonsstrasse handelt. Indirekt ist man involviert, da die Stadt mit Bereichsleiter Thomas Noack in der politischen Begleitgruppe vertreten ist.

Zur Frage 3: Die Frage ist teilweise schon vorgängig beantwortet worden. Der Stadtrat hatte den Regierungsrat vor einigen Tagen um die Zustellung von verbindlichen Terminplänen betreffend der Instandstellung sowie Erneuerung der A22 ersucht, damit eine Koordination mit anderen Grossbaustellen in Liestal möglich sein wird.

Zur Frage 4: Eine diesbezügliche Voraussage ist nicht möglich, doch der Anschluss ist sehr problematisch und heikel. Die Umweltverträglichkeit, der Landerwerb und insbesondere auch die städtebauliche Eingliederung dieses Anschlusses in das Quartier wird eine grosse Herausforderung sein. Eine Bewilligung scheint aus heutiger Sicht eher fraglich zu sein oder dürfte einen längeren Bewilligungsprozess benötigen. Einer Studie aus dem Jahre 2004 konnte er entnehmen, dass die Verkehrsingenieure zum Schluss gekommen sind, dass die Häufigkeit von Überlastungen auf der A22 zunehmen wird, da man auf kurzer Distanz eine hohe Anschlussdichte hat. Betreffend den Anschlüssen müsste man zur gegebenen Zeit sicher noch Lösungsvarianten und Alternativen prüfen.

Zur Frage 5: Die Krux beim Ergolzviadukt ist, dass es sich um keinen Neubau, sondern um eine Erneuerung und Erweiterung einer bestehenden Baute handelt. Bei einem Neubau wäre eine Bewilligung wohl kaum möglich, weil man heute beispielsweise über Bächen keine Strassenbauten mehr erstellen darf. Diese Rahmenbedingungen sind auch der Grund dafür, dass man die beiden Projekte der A22 und des Zentrumsanschlusses getrennt hatte, weil die Bewilligungsverfahren total unterschiedlich sind.

Zur Frage 6: Das Viadukt muss in den nächsten 5 - 10 Jahren zwingend saniert oder gar neu gebaut werden. Für den Bau des Schleifenbergtunnels ist mit einem Zeithorizont von 25 - 30 Jahren zu rechnen.

Zur Frage 7: Ja, es gibt einen Variantenvergleich Zentrumsanschluss / Tunnellösung aus dem Jahre 2004 und dabei hatte die Tunnel-Varianten auch sehr gut abgeschnitten, wobei die Kosten für die Tunnellösung natürlich sehr viel höher als die Zentrumsanschluss-Variante waren. Als grosser Pluspunkt der Tunnellösung sei erwähnt, dass die Lärm- und Umwelt-schutzbelastung durch den Durchgangsverkehr wegfallen würde, handelt es sich doch um rund 40'000 Fahrten pro Tag. Auch die Ergolz als hochwertiger städtischer Erholungsraum würde freigespielt und die Durchschneidung des Siedlungsgebietes in Liestal durch die A22 würde wegfallen. Allerdings würde die Tunnellösung durch den Schleifenberg vor allem dem Transitverkehr dienen und der Ziel-Quellverkehr von und nach Liestal mit rund 17'000 bis 20'000 Fahrten pro Tag wäre nach wie vor ungelöst. Ein grosser Nachteil würden die immens hohen Kosten sein, welche doppelt so hoch wie die Hochleistungsstrasse Liestal - Pratteln sein dürften. Die Planung des Schleifenberg-Tunnels hatte man vor allem aus finanziellen Gründen nicht weiter verfolgt. Aus Sicht des Stadtbauamtes müsste aber diese Planung unverzüglich wieder in Angriff genommen werden. Es liegt keine Machbarkeitsstudie mit geologischen Gutachten usw. vor und eine Konkretisierung dieses Projektes wäre nötig, damit der Schleifenbergtunnel als Alternative für die Umfahrung A22 in rund 30 Jahren zur Verfügung stehen würde. Gleichzeitig müsste auch die Planung des Altmarkt-Anschlusses

zu Ende gedenkt werden, weil mit diesem Anschluss die Gebiete Grammet, Heidenloch usw. zu erschliessen sind.

Zur Frage 8: Im Zusammenhang mit der Verkehrsplanung in Liestal sind wohl schon alle möglichen Varianten durchdenkt worden. Mit Interesse habe er die Studie des kantonalen Tiefbauamtes aus dem Jahre 2004 gelesen, wo gar ein Quertunnel vom Altmarkt in Richtung Arisdorf thematisiert wurde. Auch wurden eine Südumfahrung, die Überdeckung der Umfahrungsstrasse sowie weitere Lösungsvarianten in Erwägung gezogen. In Zukunft darf man in Liestal einfach nicht mehr von einer Antistau-Philosophie ausgehen, denn es wird keine Lösung geben, die die Problematik der rund 15'000 bis 20'000 Innerortsfahrten lösen dürfte. Das Prinzip „Koexistenz statt Dominanz“ anstatt neuer Strassenbauten muss wohl auch in Liestal die Lösungssuche leiten. Technische Lösungen, die auch finanzierbar sind, dürften in absehbarer Zeit nicht zu finden sein. Die Tunnellösung sollte weiter verfolgt werden, denn nur diese dürfte langfristig eine Verkehrsentlastung für Liestal mit sich bringen.

Anna Ott (GL) dankt als Interpellantin für die stadträtlichen Ausführungen sowie Antworten und wünscht die Diskussion.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass im Rat die Diskussion nicht bestritten wird.

Anna Ott (GL) erklärt als Interpellantin, die stadträtlichen Antworten haben sie positiv und auch negativ überrascht. Festhalten kann man doch, dass die A22 ihrer Aufgabe als Umfahrungsstrasse nicht gerecht wird, denn diese wird mehr für den Durchgangsverkehr als für die Verkehrsentlastung von Liestal beansprucht. Nebst der Mehrbelastung für Mensch und Umwelt wird auch die Ergolz als Naherholungsgebiet entwertet und als Lebensraum völlig zerstört. In ihrem Vorstoss geht sie davon aus, dass die A22 heute nicht mehr realisierbar wäre, da diese gegen verschiedene Vorschriften der Raumplanung, des Natur- und Heimatschutzes sowie des Gewässerschutzes verstossen würde und diese Vermutungen wurden nach den vorgängigen Ausführungen bestätigt. Erschwerend kommt hinzu, dass die A22 in einem sehr schlechten Zustand ist. Gemäss den stadträtlichen Mitteilungen an der Oktober-Sitzung erfüllt diese ebenfalls nicht die Anforderungen bezüglich Hochwasser- und Lärmschutz sowie Erdbebensicherheit. Im Zusammenhang mit der geplanten Strassenerhöhung um 1 Meter stellt sich ihr schon die Frage, ob dies nun eher Instandsetzungs- oder gar Neubauarbeiten wären. Sie selbst ist der Meinung, dass es sich dabei um einen Neubau der Strasse handeln würde. Diese Arbeiten sollen ja vom Kanton schon geplant werden. Die stadträtlichen Antworten haben ihre Meinung bestärkt, dass die Tunnel-Variante die einzig richtige Lösung ist. Es macht Sinn, dass der Stadtrat diesbezüglich auf den Kanton Druck ausübt und vorstellig wird. Betreffend der Rheinstrassen-Initiative möchte sie noch anmerken, dass der Kanton zudem darauf aufmerksam gemacht werden sollte, dass sich auch eine Temporeduktion positiv zu Gunsten des Lärmschutzes auswirken würde.

Werner Fischer (FDP) sagt, dass beim Thema Strassen immer Kosten und Nutzen abzuwägen sind. Mit etwas mehr Selbstvertrauen wird man auch eine gute Lösung finden, denn mit dem Vierspur-Ausbau der SBB und der Rheinstrasse liegt ein Grossteil der Bevölkerung Liestals mitten in diesem Sandwich. Und so könnte vielleicht gar der bereits schon diskutierte Deckel beim Burgeinschnitt bei der Realisierung des SBB-Projektes schlussendlich eine bessere und günstigere Lösung als der Schleifenberg-Tunnel sein. Gemäss Entwicklungsplan rechnet man mit 1'200 neuen Wohnungen und so müssen auch Lösungen gefunden werden, dass Liestal für alle Verkehrsteilnehmer attraktiv bleibt. Die Sanierung und Anhebung der A22 bringt teure Folgekosten im Zusammenhang mit den betroffenen 4 Brücken mit sich. Vom Kanton wird immer wieder die Einhaltung seiner Vorschriften verlangt und so ist doch auch dieser in der Pflicht, wenn es um die Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften bei ungenügenden oder gar gefährlichen Strassen geht.

Hanspeter Meyer (SVP) stellt eine grosse Ratlosigkeit bei diesem Geschäft fest. Man weiss, dass es sich bei der A22 um ein schlechtes Bauwerk handelt, welches damals realisiert wurde. Machbares und Wünschbares muss unterschieden werden und doch weiss man schon heute, dass die schlussendlich gewählte Lösungsvariante für die Realisierung Unmengen an Geld benötigen wird. Auch der Kanton muss ein ernsthaftes Interesse daran haben, dass der Verkehr durch Liestal gut funktioniert. Seine Fraktion stellt aber die Sanierungsarbeiten der A22 mit Strassenanhebung in Frage, da die Umfahrungsstrasse in den letzten Jahren wegen Hochwasser äusserst selten für eine kurze Zeit gesperrt werden musste. Die Erhöhung der bestehenden Lärmschutzwände um 2 Meter ist rein optisch gesehen inakzeptabel und unmöglich. Der Stadtrat müsste nun mit der Unterstützung des Einwohnerrates beim Kanton vorstellig werden und Dampf machen, damit es nun vorwärts geht und etwas passiert.

Fabian Eisenring (SP) bemerkt, die Umfahrungsstrasse sei aus verschiedenen Gründen unvorteilhaft und deshalb ist eine frühzeitige Inangriffnahme und gute Planung nötig, damit dann das Generationenprojekt auch einmal realisiert werden kann.

Pascal Porchet (FDP) meint, einige Voten der heutigen Sitzung stellen sein Politbild etwas auf den Kopf, da Grüne für den Bau eines Tunnels plädieren und ein GLP-Mitglied die Abschaffung des Energiestadt-Labels beantragt. Wichtig ist ihm aber doch, dass man die Bodenhaftung behält und man davon ausgeht, dass etwas Bestand hat. So möchte er eine heute bereits gemachte Aussage wiederholen und daran erinnern, dass man sich bei einem verdichteteren Bauen im Siedlungsgebiet auch um die Verkehrswege kümmern muss. Das anstehende SBB-Projekt mit Investitionen von rund 500 Mio. Franken muss zuerst einmal verarbeitet werden und nach dem Abschmettern des Elba-Projektes beim letzten Urnengang sollen nicht in einer Blitzaktion gleich wieder Tunnellösungen mit Investitionskosten von dreistelligen Millionenbeträgen forciert werden. Auch er kann sich mit einer Erhöhung von bestehenden Lärmschutzwänden entlang der A22 um 2 Meter nicht anfreunden, doch ein gewisser Realitätsbezug sollte schon noch vorhanden sein, was auch bei der Einreichung von weiteren Vorstössen und der Entwicklung neuer Ideen der Fall sein sollte, was seiner Meinung nach bei der diskutierten Tunnellösung nicht der Fall ist.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) findet, dass die Interpellationsbeantwortung doch sehr informativ war und man sich der Tragik doch etwas bewusster wurde. Lösungen müssen gefunden werden und dies sollte ihrer Meinung nach mit der Förderung des öffentlichen Verkehrs getan werden, da der Ausbau des Strassennetzes nur den Autoverkehr fördert. Den Stadtrat möchte sie ebenfalls darum bitten, beim Kanton auf Lösungen zu pochen.

Anna Ott (GL) hält fest, dass die Grünen keine Tunnelbauten wünschen, wie dies vorgängig erwähnt wurde. Vielmehr möchte ihre Fraktion Lösungen für Liestal, welche die Lebensqualität für die Bevölkerung Liestals sowie die Aspekte von Umwelt und Naturschutz in den Vordergrund stellen. Mit der stadträtlichen Aussage, dass man die Tunnelvariante weiter prüfen möchte, dürfte das Szenario der Interpellation auch gar nicht so unmöglich sein. Nach getroffenen Abklärungen und mit fundierten Informationen sind dann auch weitere Entscheide betreffend einer Tunnellösung oder anderen Lösungsvarianten möglich.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) meint, vor mehr als 50 Jahren hatte Liestal ein grosses Verkehrsproblem und dann ist auch eine der ersten Umfahrungsstrassen im Kanton gebaut worden. Zwischenzeitlich sind in anderen Gemeinden auch schon Tunnels zur Problemlösung realisiert worden und so ist ein Tunnel in Liestal wohl keine Träumerei, sondern vermutlich mittel- und langfristig eine Notwendigkeit, da ja beispielsweise die A22 über einem Bach realisiert wurde, was heute nicht mehr zulässig ist. In der ganzen Schweiz sind in der Vergangenheit diverse Tunnels zur Verkehrsentslastung von Siedlungsgebieten realisiert worden. Die Instandstellungsarbeiten der A22 stehen an und deshalb müsste der Stadtrat beim Kanton raschmöglichst auf mittel- und langfristige Lösungen pochen.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) macht darauf aufmerksam, dass man den Blick auch auf die Langfristigkeit lenken sollte. Das heutige Verkehrssystem mit dem motorisierten Individualverkehr ist bekannt und so ist bei einem kürzlichen Symposium von einem Sachverständigen prognostiziert worden, dass in etwa 20 Jahren auch der Strassenverkehr total automatisiert sein wird. Die Entwicklung betreffend den Strassenneubauten wird nicht linear verlaufen, dennoch wird aber die Sanierung der A22 mittelfristig nötig sein. Langfristig wird die Verkehrsplanung wohl anders verlaufen, als man sich dies heute überhaupt vorstellen kann.

Daniel Spinnler (FDP) führt aus, dass für den Chienbergtunnel 1,5 Mia. Franken und für den Adlertunnel in Grellingen über 1 Mia. Franken investiert wurden und deshalb muss man wohl auch keine Angst davor haben, beim Kanton einen Schleifenbergtunnel einzufordern, obwohl dieser auch mehrere Millionen kosten würde. Dass eine Strasse auf einem Bach steht ist nicht gesetzeskonform und deshalb müssen nun betreffend der A22 konkrete Lösungen für die Zukunft gesucht werden. Der Stadtrat sollte deshalb unbedingt beim Kanton seine Forderungen deponieren und vorstellig werden.

Stadtrat Franz Kaufmann betont, dass eine Sanierung der A22 unvermeidbar ist und auch die Pläne für die Erneuerung der Umfahrungsstrasse sind vorhanden, weshalb man vermutlich schon nächstes Jahr ins Auflageverfahren gehen wird. Die Umfahrungsstrasse A22 wird nach wie vor gebraucht und kann nicht durch einen Tunnel ersetzt werden. Die Tunnellösung ist keine Träumerei, wie dies von einem Vorredner gesagt wurde, sondern wird auch von Verkehrsingenieuren in Betracht gezogen.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Geschäft und dem Vorstoss keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2015/209.*



**NEUE VORSTÖSSE - Begründung**

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Sie kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass sich diesbezüglich keine Ratsmitglieder zu Wort melden.

\* \* \* \* \*

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) wünscht allen Ratsmitgliedern und Anwesenden schöne und besinnliche Weihnachtstage sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr 2016.

Im Foyer wartet der Weihnachtsapéro auf uns, wozu sie alle Ratsmitglieder und auch die Gäste auf der Tribüne sowie die Vertreter der Presse herzlich einladen möchte.

Schluss der Sitzung: 19.20 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Meret Franke

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann